Senat: Der Sprengplatz im Grunewald ist unverzichtbar. Im Bezirk könnten sich Grüne und SPD vorstellen, künftig in Sachen Sprengplatz mit Brandenburg zu kooperieren, die Linksfraktion sieht das ähnlich und fordert für den Grunewald "eine klimaresistente Umgestaltung". Die CDU will, dass der Sprengplatz möglichst schnell umzieht – allein die FDP findet, dass die Anlage im Wald "abgelegen und relativ sicher" sei. Die Positionen der Bezirkspolitik hat Cay Dobberke hier zusammengefasst.

Am Mittwoch erhob nun auch Innensenatorin Iris Spranger (SPD) ihre Stimme: Für sie – und damit für den Senat – sei der Sprengplatz Grunewald unverzichtbar. "Ich will den Sprengplatz im Grunewald erhalten. Für die Sicherheit der Menschen in Berlin und Brandenburg gibt es keinen alternativen Standort", sagte sie. Anlass ihrer Äußerungen waren die Großsprengungen, die diese Woche für die Sperrung von Avus und Bahnlinien gesorgt hatten: Vier alte Weltkriegsbomben, die <u>bei dem Großbrand Anfang August</u> aus ihren Halterungen gerissen worden waren, wurden kontrolliert zur Explosion gebracht.

"Die Lage des Platzes, weit weg von der nächsten Wohnbebauung und durch kurze Anfahrtswege erreichbar, ist ein entscheidender Vorteil", schrieb die Senatsverwaltung für Inneres in einer Pressemitteilung. Gäbe es den Sprengplatz nicht, müssten die Sprengungen von Blindgängern häufiger im Stadtgebiet stattfinden, was den Alltag der Berlinerinnen und Berliner durch Absperrungen und Räumungen deutlich beeinträchtigen würde.

Allein im Jahr 2021 wurden 52 Tonnen Kriegsmunition im Boden der Stadt entdeckt, laut Innensenat müssen die Expertinnen und Experten des Landeskriminalamts täglich zwei- bis dreimal zu Einsätzen ausrücken – 77 Jahre nach Kriegsende. In der Regel werden die Funde direkt zum Sprengplatz Grunewald gebracht; es sei denn, der Transport ist zu gefährlich.

Der Transport durch die Stadt ist auch das Hauptargument des Senats gegen eine Verlagerung des Sprengplatzes nach Brandenburg. "In diesem Fall würden die längeren Transportwege auch durch bewohntes Gebiet ein hohes Sicherheitsrisiko darstellen." Kooperationen mit anderen Bundesländern seien geprüft worden, sie "stellen für das Land Berlin keine Alternative dar", teilt die Innensenatorin mit. In der Antwort auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Stephan Standfuß nennt Innen-Staatssekretär Ralf Kleindiek (SPD) noch weitere Gründe, warum ein Umzug des Sprengplatzes nicht möglich sei: "Mögliche Kooperationen scheiterten bisher u.a. wegen fehlender Lagerkapazitäten, fehlender technischer Vernichtungsmöglichkeiten und Nutzungshemmnissen nach Büroschluss und an Sonn- und Feiertagen. Zudem konnte bisher durch etwaige Kooperationspartner nicht das gesamte Portfolio des Sprengplatzes Grunewald abgebildet werden." Es bleibe also nur der Ort in Grunewald.

Erster großer Zwischenfall. Senatorin Spranger wies gestern auch darauf hin, dass es seit dem Betriebsbeginn des Sprengplatzes im Jahr 1950 bis zum jüngsten Großbrand "keine größeren Brandereignisse oder Unfälle" gegeben habe. Warum es zu dem Brand Anfang August gekommen ist, werde vom Landes- und Bundeskriminalamt zusammen mit der in Lichterfelde beheimateten Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung noch immer untersucht. Sollte sich bei der Ursachenforschung herausstellen, dass verschärfte Brandschutzmaßnahmen – sie wurden erst 2020 angepasst – für den Sprengplatz nötig seien, "werden diese umgesetzt". Iris Spranger: "Darüber hinaus prüfen wir die Anschaffung zusätzlicher Gerätschaften wie zum Beispiel einen Löschroboter."

Und es gibt noch eine Idee, wie die Masse der im Grunewald gelagerten explosiven Stoffe verringert werden könnte: Die Innenbehörde wird mit der Senatsjustizverwaltung über die Asservierung von Pyrotechnik sprechen. Muss wirklich alles aufgehoben werden, oder könnte nach Dokumentation und der Entnahme von "Rückstellproben" der Großteil der gefährlichen Stoffe vernichtet werden? Die Innensenatorin befürwortet aus Sicherheitsgründen die weitgehende Vernichtung der Bestände – wie berichtet hatte das Feuer auch die Asservatenkammer im Wald zerstört. – Boris Buchholz